

Infrastruktur

Infrastruktur für die Wirtschaft in Oberfranken

vbw

Position
Stand: Januar 2026

Die bayerische Wirtschaft



Vorwort

Die Wirtschaft in Oberfranken braucht gute Standortbedingungen

Die Unternehmen in Oberfranken sichern den Wohlstand vor Ort und sind oft weltweit erfolgreich. Voraussetzungen für ihren Erfolg ist eine leistungsfähige Infrastruktur, sowohl am Unternehmenssitz als auch an den Wohnorten der Beschäftigten. Wichtige Elemente sind dabei eine stabile Energieversorgung, bedarfsgerechte Mobilitätsangebote, hochleistungsfähige digitale Netze, eine effektive Verwaltung, hervorragende Bildungsinstitutionen sowie innovative Forschungseinrichtungen. Ebenfalls von großer Bedeutung sind zudem flexible Betreuungsangebote für Kinder und ältere Menschen sowie eine gute, wohnortnahe Gesundheitsversorgung

Oberfranken besitzt auf allen genannten Feldern wertvolle Stärken. Die Sicherung einer guten Infrastruktur ist jedoch eine Daueraufgabe. Sie muss den regionalen Gegebenheiten und den Interessen vor Ort Rechnung tragen. Jedes Entwicklungsvorhaben ist in technischer, planerischer, finanzieller und auch in politischer Hinsicht eine Herausforderung. Die Schwerpunktsetzung bei den vor Ort zu realisierenden Infrastrukturvorhaben sollte in enger Abstimmung mit der Wirtschaft geschehen.

Als Beitrag für diese politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse nennt unser Positionspapier konkrete Infrastrukturaufgaben und -projekte, die die Wettbewerbsfähigkeit der oberfränkischen Unternehmen absichern und die Standortattraktivität des Regierungsbezirks stärken.

Bertram Brossardt
28. Januar 2026

Inhalt

Position auf einen Blick	1
1 Standort Oberfranken	2
1.1 Wirtschaft und Industrie	2
1.1.1 Demografische Entwicklung	2
1.2 Unternehmerperspektiven 2025	3
2 Mobilität	4
2.1 ÖPNV-Verbundsystem ausbauen	4
2.2 Straßeninfrastruktur kapazitätsgerecht entwickeln	5
2.3 Schienenverkehr ertüchtigen	6
2.4 Überregionale Anbindung im Luftverkehr sicherstellen	7
3 Energie	8
3.1 Dezentrale Energieversorgung ausbauen	8
3.2 Netzausbau vorantreiben	9
3.3 Rahmenbedingungen für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft setzen	9
3.4 Energiespeicherlösungen entwickeln und einsetzen	10
4 Bildung	11
4.1 Betreuungsangebote bedarfsgerecht ausbauen	11
4.2 Flächendeckendes Angebot allgemeinbildender Schulen erhalten	11
4.3 Weiterentwicklung der Berufsschulstandorte	12
4.4 Digitalisierung in allen Schulformen vorantreiben	12
4.5 Weiterbildungsangebote an Hochschulen ausbauen	12
5 Gesundheit und Pflege	14
5.1 Ärzteversorgung in der Fläche sicherstellen	14

5.2	Apothekennetz erhalten	16
5.3	Krankenhausversorgung nachhaltig entwickeln	16
5.4	Pflegelandschaft nachfragegerecht ausbauen	17
6	Digitale Netze	18
6.1	Glasfasernetze flächendeckend ausbauen	18
6.2	5G-Mobilfunk flächendeckend bereitstellen	20
7	Wohnraum	22
8	Innovation	24
8.1	Innovationsinfrastruktur und Technologietransfer fördern	24
8.2	Hochschulen bedarfsgerecht ausbauen	25
9	Moderne Verwaltung	27
9.1	Umstellung auf E-Government auch für schlankere Verfahren nutzen	27
9.2	Regionale und kommunale Diskrepanzen bei digitalen Verwaltungsdienstleistungen abbauen	28
9.3	Erwartungen der Wirtschaft an die regionale und kommunale Ebene	30
Anhang		31
Ansprechpartner/Impressum		33

Position auf einen Blick

Zentrale Themen der Infrastrukturentwicklung in Oberfranken

Eine bedarfsgerechte und leistungsstarke Infrastruktur ist wichtig für die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Sie muss daher unter besonderer Berücksichtigung der für weite Teile Oberfrankens absehbar schwierigen demografischen Entwicklung zukunftsfest ausgebaut werden. Hierzu müssen auf vielen Infrastrukturfeldern Maßnahmen umgesetzt werden.

Zentrale Infrastrukturthemen des Regierungsbezirks sind insbesondere die Bereiche Verkehr, Energie und Bildung:

- Die Verkehrsnetze Oberfrankens müssen erhalten, bedarfsgerecht entwickelt und für die bestehenden und künftigen Anforderungen ausgestattet werden. Eine leistungsstarke Mobilitätsinfrastruktur, die auch den Bedürfnissen des ländlichen Raums gerecht wird, ist wesentlich für die weitere Entwicklung des Regierungsbezirkes.
- Die Energieversorgung muss sicher und bezahlbar unter weiterem Ausbau der erneuerbaren Energien sichergestellt werden.
- Um die Attraktivität des Bildungsstandortes zu steigern und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, müssen Ganztagesangebote ausgebaut, Berufsschulstandorte gesichert sowie neue Studienangebote, insbesondere berufsbegleitend, speziell in den MINT-Fächern entwickelt werden. Die Digitalisierung an Schulen ist weiter voranzutreiben.

Das vorliegende Positionspapier konzentriert sich auf konkrete Projekte und Herausforderungen in Oberfranken. Die vbw hat zu übergreifenden Fragen der Infrastrukturentwicklung in den verschiedenen Bereichen Positionspapiere und Studien veröffentlicht, die im Anhang aufgeführt sind.

1 Standort Oberfranken

Wirtschaftsstruktur, Demografie, Bewertung

1.1 Wirtschaft und Industrie

Oberfranken ist der flächenmäßig kleinste Regierungsbezirk des Freistaats Bayern und weist eine starke industrielle Prägung mit Konzentration auf den Maschinenbau und die Kunststoffindustrie auf. Weitere Branchenschwerpunkte im Bereich des verarbeitenden Gewerbes sind die Nahrungs-, Futtermittel- und Getränkeindustrie und haben einen spürbar höheren Beschäftigtenanteil als im bayerischen Durchschnitt. Zudem sind hier schon länger vom Strukturwandel besonders betroffene Branchen wie die Möbel- und Textilindustrie sowie das Glas- und Keramikgewerbe zu finden. Die Branchen Keramik und Textil sind in ihrem Strukturwandel mittlerweile gut vorangekommen. Die ebenfalls starke Automobilzulieferindustrie befindet sich dagegen gerade in einem tiefgreifenden technologischen Wandel und Transformationsprozess. Der Westen Oberfrankens ist als Standort des Versicherungswesens überregional bekannt.

In den neun Landkreisen sowie den vier kreisfreien Städten Bayreuth, Bamberg, Coburg und Hof sind auf einer Fläche von knapp 7.231 km² insgesamt ca. 1,06 Millionen Einwohner zuhause. Durch die im bayernweiten Vergleich überdurchschnittliche industrielle Prägung Oberfrankens und die starke Versicherungswirtschaft ist auch der regionale Bedarf an qualifizierten Nachwuchskräften, Fachkräften und MINT-Absolventen vergleichsweise hoch. Die Region ist eher ländlich geprägt. Daher stellt auch die Entfernung zu den Ballungszentren den Bezirk vor einige Herausforderungen.

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Jahr 2023 betrug 46.542 Euro. Es stieg allein zwischen 2013 und 2023 um 44,7 Prozent. 64,6 Prozent der Bruttowertschöpfung 2023 wurden im Dienstleistungssektor erwirtschaftet, 34,3 Prozent im produzierenden Gewerbe und davon 24,3 Prozent in der Industrie. Die Arbeitslosigkeit lag im Jahresdurchschnitt 2024 bei 4,1 Prozent und damit über dem bayernweiten Durchschnitt von 3,7 Prozent.

1.1.1 Demografische Entwicklung

Die vom Bayerischen Statistischen Landesamt im Mai 2025 vorgelegte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung 2023 bis 2043 zeigt für Oberfranken Stagnation: Bis 2043 wird mit einer Bevölkerungsabnahme von knapp 15.300 (- 1,4 Prozent) auf knapp 1,04 Millionen Einwohner gerechnet (Abbildung 1).

Die demografischen Indikatoren geben einen wichtigen Hinweis für den Handlungsbedarf auf einzelnen Infrastrukturfeldern. Von 2023 bis 2043 wächst das Durchschnittsalter in

Oberfranken um 1,2 Jahre auf 47,0 Jahre. Gleichzeitig nimmt auch der Altenquotient¹ um 26,4 Prozent auf 50,8 Prozentpunkte zu. Damit geht ein zunehmender Bedarf an wohnort-naher Gesundheitsversorgung sowie stationären und ambulanten Pflegeangeboten einher. Positiv zu bewerten ist der um 5,7 Prozent auf 31,7 Prozentpunkte steigende Jugendquotient². Er lässt zugleich auf einen wachsenden Bedarf an Betreuungsangeboten für Kinder und Jugendliche in Kitas und Schulen schließen.

Abbildung 1

Demografische Entwicklung in Oberfranken 2023 bis 2043

	Bevölkerungs- entwicklung	Entwicklung Durchschnittsalter *	Entwicklung Jugendquotient ²	Entwicklung Altenquotient ¹
Regierungsbezirk Oberfranken	-1,4%	1,2	5,7%	26,4%
Bayern	4,3%	1,2	4,8%	25,1%
Bamberg (S)	3,7%	1,2	0,7%	20,9%
Bayreuth (S)	0,7%	0,3	3,1%	7,8%
Coburg (S)	0,9%	0,6	6,8%	14,6%
Hof (S)	-3,2%	0,0	3,8%	6,8%
Bamberg	1,5%	2,6	3,4%	45,2%
Bayreuth	-1,4%	1,6	7,7%	32,6%
Coburg	-1,1%	1,4	6,2%	26,3%
Forchheim	1,4%	1,9	5,2%	35,0%
Hof	-5,8%	0,6	8,4%	21,9%
Kronach	-6,7%	1,5	7,6%	33,4%
Kulmbach	-4,2%	1,2	8,1%	28,3%
Lichtenfels	-1,4%	1,4	7,0%	29,6%
Wunsiedel im Fichtelgebirge	-7,3%	0,3	9,3%	16,6%

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung 2023 bis 2043; Zahlen zum 31.12. des jeweiligen Jahres; eigene Darstellung; (S) Kreisfreie Stadt, übrige: Landkreis; * Zunahme in Jahren.

1.2 Unternehmerperspektiven 2025

Die Studie *Standort Bayern: Unternehmerperspektiven 2025* zeigt: Die Standortqualität Oberfrankens wird von den Unternehmern mit 66,6 Punkten (Durchschnitt Bayern 72,5 Punkte) bewertet. 75,0 Prozent (Bayern 80,7 Prozent) der Unternehmen würden sich wieder im Regierungsbezirk ansiedeln.

Die Befragung beinhaltet zudem die Bewertung der Zufriedenheit mit einzelnen Infrastrukturfeldern (Noten 1 bis 3). Die Ergebnisse sind am Beginn der jeweiligen Kapitel aufgeführt und den bayerischen Mittelwerten gegenübergestellt.

¹ Anteil der über 64-Jährigen gemessen an der Zahl der 20- bis 64-Jährigen.

² Anteil der unter 20-Jährigen gemessen an der Zahl der 20- bis 64-Jährigen.

2 Mobilität

Verkehrsinfrastruktur weiterentwickeln

Unternehmerperspektiven 2025

	Bayern	Oberfranken
Zufriedenheit Güte Straßenverkehr	62,0 Prozent	63,0 Prozent
Zufriedenheit Güte Schienenverkehr	29,9 Prozent	27,5 Prozent
Zufriedenheit Güte Luftverkehr	78,8 Prozent	71,5 Prozent

Mobilität – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Verdichtung des S-Bahn-Takts zwischen Bamberg und Nürnberg
2. Errichtung einer Autobahnabfahrt auf der A73 im Coburger Norden
3. Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale (inkl. Bayreuth)

2.1 ÖPNV-Verbundsystem ausbauen

Die Wirtschaft hat starkes Interesse daran, dass Mitarbeiter und Kunden gut ausgebaute Verkehrsverbünde auch im ländlichen Raum nutzen können. Ziel ist, ein hochwertiges, an den Bedürfnissen der Kunden ausgerichtetes und preisgünstiges Angebot in allen Teilen Oberfrankens anzubieten. Gerade in den ländlich geprägten Regionen Oberfrankens hat die Forderung nach einem verstärkten Engagement der Kommunen für einen flächendeckenden ÖPNV Gewicht. Folgende Projekte sind angesichts der hohen Pendlerströme zur Weiterentwicklung des ÖPNV dringend voranzutreiben:

- Weitere Verdichtung des S-Bahn-Takts zwischen Bamberg und Nürnberg
- Etablierung weiterer Übergangstarife für Gelegenheitsnutzer zwischen den Verkehrsverbünden sowie Umsetzung des Konzepts *EMM Europäische Metropolregion München*
- Ausbau der P+R Plätze
- Erweiterung der Möglichkeiten des Car-Sharing und weiterer innovativer Mobilitätsprodukte
- Stärkere Nutzung der Digitalisierung, z. B. durch E-Ticketing oder digitale Fahrkarten.

2.2 Straßeninfrastruktur kapazitätsgerecht entwickeln

Auf der A 73 im Coburger Norden ist eine Autobahnausfahrt notwendig, um die Anbindung der ansässigen Wirtschaft zu verbessern. Darüber hinaus muss die laufende Erneuerung der Fahrbahn auf dem oberfränkischen Teil der A9 wie geplant durchgeführt und abgeschlossen werden. Tabelle 1 zeigt weitere wichtige Straßenbauprojekte in Planung oder Bau. Diese Projekte müssen zügig vorangetrieben bzw. abgeschlossen werden.

Tabelle 1

Bundesstraßenprojekte für Oberfranken

Projekt	EP	BRGV	B
B 173			
Lichtenfels – Zettlitz, BA 3			S Q2 2020
Lichtenfels – Zettlitz, BA 2	S Q3 2019		
Johannisthal – Kronach		A Q2 2023	
B 289			
OU Kauerndorf			S Q4 2022
OU Mainroth – Rothwind – Fassoldshof		S Q2 2023	
B 303			
Verlegung Sonnefeld – Johannisthal, BA 3		A Q2 2023	

Quelle: Eigene Darstellung; Fortschreibung nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr; OU = Ortsumgehung.

Darüber hinaus muss die Anbindung an den Flughafen Nürnberg verbessert werden. Weitere Straßenverkehrsprojekte, die teilweise bereits im Bundesverkehrswegeplan 2030 unter „vordringlicher Bedarf“ stehen, sind dringend anzugehen (Tabelle 2).

Wie in allen anderen Regierungsbezirken gilt es, die Parkmöglichkeiten und Versorgungsnetze insbesondere an Autobahnen und Bundesstraßen zu verbessern. Für den Schwerlastverkehr sind die ursprünglichen Planungen des Baus einer Tank- und Raststätte in der Nähe der bestehenden Parkplätze Regnitztal mit 118 Lkw-, 133 Pkw- und sieben Bus-Stellplätze für die Ost- und Westseite wieder aufzunehmen und umzusetzen.

Darüber hinaus müssen insbesondere folgende Punkte im Fokus stehen:

- Errichtung einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur mit Schnellademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge (PKW und LKW)
- Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Wasserstofftankstellen
- Schaffung weiterer LKW- und Bus-Stellplätze (mit Sanitäreinrichtungen, Ruhezonen und ausreichender Beleuchtung) an den Autobahnen, Bundes- und Staatsstraßen
- Erhöhung der Parkplatzkapazitäten an den Bahnhöfen
- Verbesserung der Anbindung der Gewerbegebiete an das Autobahnnetz

Tabelle 2

Weitere notwendige Straßenverkehrsprojekte für Oberfranken

Straße	Projekt
B4	Ausbau Coburg/Weichengereuth
B22	OU Eckersdorf (BVWP/V)
	Ausbau von WUN bis BT (oder Schaffung wechselseitiger Überholmöglichkeiten)
B173	OU Zettlitz – Oberlangensstadt (BVWP/V)
	vollständiger vierspuriger Ausbau von LIF bis KC
B289	OU Weissdorf (BVWP/V)
B303	Weiterführung des begonnenen Ausbaus von Schirnding bis CO
B470	O-OU Forchheim (BVWP/V), OU Oesdorf (BVWP/V), OU Wimmelbach (BVWP/V)

Quelle: Eigene Darstellung; Fortschreibung nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr.

BVWP/V = Bundesverkehrswegeplan vordringlicher Bedarf, OU = Ortsumgehung.

2.3 Schienenverkehr ertüchtigen

Die überregional bedeutsamen Schienenmagistralen müssen auf den modernsten Stand der Technik gebracht werden. Die Regionalstrecken sind ebenso zu ertüchtigen, um ihre Zubringer- und Pendlerfunktion zu erhalten.

Es ist zu begrüßen, dass der Bund auf der Franken-Sachsen-Magistrale Nürnberg – Bayreuth – Cheb ab 2030 den Lückenschluss bei der Elektrifizierung vornehmen will, auf dem Abzweig von Schnabelwaid nach Bayreuth mit Unterstützung des Freistaats. Die aktuelle Sperrung wegen notwendiger Brückensanierungen an der Strecke Nürnberg – Bayreuth

zwischen Pegnitz und Hersbruck ist aktuell eine massive Behinderung für alle Reisenden und Pendler und betrifft auch die Verbindungen über Bayreuth hinaus nach Hof und Marktredwitz. Die Arbeiten an der Strecke müssen zügig abgeschlossen werden. Für die Weiterentwicklung des Schienenverkehrs in Oberfranken sind darüber hinaus wichtig:

- Elektrifizierung der sogenannten „Oberfrankenachse“ Lichtenfels – Hof, die Ost- und Westoberfranken miteinander verbindet
- (Übergangsweise) Nutzung hybrider Bedienformen auf bestehenden, nicht elektrifizierten Trassen
- Ausweitung der ICE-Halte in Coburg
- Verbesserte Anbindung an die Flughäfen Nürnberg und Frankfurt am Main
- Abschluss des Ausbaus des Bahnknotens Bamberg und des viergleisigen Ausbaus der Strecke Nürnberg – Bamberg und Sicherstellung der Taktung

2.4 Überregionale Anbindung im Luftverkehr sicherstellen

Eine zeitsparende Anbindung an überregionale Flughäfen ist für die vielen international tätigen Unternehmen in Oberfranken sowie für den Tourismus von großer Bedeutung. Dazu sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- Erhalt des Verkehrslandeplatzes Hof-Plauen
- Forcieren der Kombilösung der Verkehrslandeplätze Bamberg und Coburg

3 Energie

Sichere, nachhaltige und bezahlbare Energieversorgung schaffen

Eine zuverlässige, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung hat für Unternehmen und für die Standortentscheidung internationaler Investoren größte Bedeutung. Hohe Energiepreise belasten die Unternehmen. Energieintensive Unternehmen finden sich beispielsweise im Frankenwald. Parallel muss die Energiewende auch am Standort Oberfranken und seiner ländlichen Räume vorangebracht werden.

Unternehmerperspektiven 2025

	Bayern	Oberfranken
Zufriedenheit Sichere Stromversorgung	84,6 Prozent	85,4 Prozent
Zufriedenheit Sichere Gasversorgung	81,2 Prozent	82,3 Prozent

Energie – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Ausbau der erneuerbaren Energien fortsetzen
2. Bau des SuedOst-Links zügig vorantreiben
3. Voraussetzungen für den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft schaffen

3.1 Dezentrale Energieversorgung ausbauen

Die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien hat in Oberfranken erneut zugenommen – insbesondere bei der Photovoltaik (Tabelle 3). Nach aktuellen Zahlen ist der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtstromverbrauch im Regierungsbezirk von 58,6 Prozent (31. Dezember 2022) auf 67,0 Prozent (31. Dezember 2023) angestiegen.

Folgende Aufgaben sind mit Nachdruck zu verfolgen:

- Ausweisung weiterer Flächen für Photovoltaik- und Windkraftanlagen
- Beschleunigter Ausbau der Windenergie an geeigneten Standorten in Oberfranken
- Nutzung und Umsetzung der Erkenntnisse aus bestehenden Solar- und Windparks für die Errichtung weiterer Anlagen
- Nutzung und Umsetzung der Erkenntnisse aus bestehenden Wasserstoff-Modellregionen für die Erschließung weiterer Regionen
- Bau weiterer regionaler Biogasanlagen mit Abwärme-Nutzung

Energie

- Potenziale bei der Biomethanproduktion heben
- Ausbau und Nutzung der Geothermie an geeigneten Standorten
- Nutzung der Rohstoffreserve Holz (z. B. in Energiegenossenschaften für Bäder, Schulen, Behörden, Innenstadtgebiete, Kaskadennutzung)
- Modernisierung bestehender Wasserkraftanlagen, Suche/Entwicklung neuer Standorte (z. B. im Fichtelgebirge)

Tabelle 3

Ausbau der erneuerbaren Energien in Oberfranken

	Oberfranken		Bayern	
	Zahl der Anlagen	Installierte Leistung	Zahl der Anlagen	Installierte Leistung
Windenergie*	291	671 MW	1.148	2.627 MW
Photovoltaik	Dach: 68.875 Frei: 398	Dach: 986 MWp Frei: 947 MWp	Dach: 961.551 Frei: 3.896	Dach: 14.771 MWp Frei: 7.463 MWp
Biomasse	301	144 MW	3.746	1.973 MW
Wasserkraft	405	42 MW	4.196	2.448 MW

Quelle: Energie-Atlas Bayern, Bayerisches Landesamt für Umwelt; Stand: 31.12.2023

* Anlagen mit mehr als 70 kW; Photovoltaik: Dach = Dachflächen, Frei = Freiflächen

3.2 Netzausbau vorantreiben

Die Netzinfrastuktur ist Schlüsselement und Achillesferse der Energiewende zugleich. Folgende Punkte stehen im Fokus:

- Schnellstmögliche Realisierung des SuedOstLinks: Absicherung der Stromversorgung von Norden nach Süden und gegenüber den Nachbarländern
- Aufrüstung der oberfränkischen Mittelspannungsleitungen und regionalen Niederspannungsleitungen für die dezentrale Energieversorgung
- Weiterentwicklung des Stromnetzes zu einem intelligenten, zur Verbrauchssteuerung fähigen Netz, auch um höhere Netzschwankungen auszugleichen
- Etablierung intelligenter Energienetzwerke und Netzplattformen

3.3 Rahmenbedingungen für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft setzen

Die oberfränkische Wirtschaft fordert den Aufbau einer Wasserstoff-Infrastruktur mit Erzeugung und Transport, um eine regionale grüne Wasserstoffwirtschaft zu realisieren.

Dazu ist es insbesondere erforderlich, die gestarteten Wasserstoff-Modellregionen Fichtelgebirge im Landkreis Wunsiedel sowie *HyStarter* im Landkreis Kulmbach zu stärken.

3.4 Energiespeicherlösungen entwickeln und einsetzen

Der Stromerzeugung aus Wind- und Sonnenenergie ist gemein, dass sie unregelmäßig anfällt und nicht mit dem Strombedarf deckungsgleich ist. Deswegen müssen in Überschussphasen für den späteren Verbrauch gespeichert werden können. Infrage kommen klassische Methoden wie z. B. Pumpspeicherkraftwerke oder Großbatteriespeicher, aber auch der Einsatz moderner Technologien, wie Power-to-Gas, bei der Energie zur Herstellung von Wasserstoff genutzt wird.

4 Bildung

Bildungsinfrastruktur stärken, Betreuungsangebote verbessern

Unternehmerperspektiven 2025

	Bayern	Oberfranken
Zufriedenheit Qualität der Bildungsinfrastruktur	75,9 Prozent	72,6 Prozent
Zufriedenheit Güte der Erreichbarkeit von Betreuungseinrichtungen	72,9 Prozent	79,6 Prozent

Bildungsinfrastruktur – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten bedarfsgerecht entwickeln
2. Die weitere Digitalisierung der Schulen vorantreiben

4.1 Betreuungsangebote bedarfsgerecht ausbauen

Eine bedarfsgerechte Betreuung für Kinder ist zur Erhaltung und Steigerung einer möglichst vollzeitznahen Erwerbstätigkeit der Erziehungsberechtigten zu sichern. Es bedarf hier eigener Angebote von Freistaat und Kommunen ebenso wie einer angemessenen Unterstützung privater Initiativen und flexibler Kooperationen zwischen Betreuungseinrichtungen und Unternehmen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, sind folgende Aufgaben anzugehen:

- Bedarfsgerechte Entwicklung von Ganztagsbetreuungsangeboten in allen Regionen
- Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren – vor allem in den ländlichen Regionen
- Beseitigung von Betreuungsengpässen orientiert an den Arbeitsverpflichtungen der Eltern, z. B. zu Tagesrandzeiten und Wochenenden (entscheidend vor allem für Beschäftigte in den Bereichen Dienstleistung, Pflege, Gastronomie), in den Schulferien (betrifft überwiegend Angebote außerhalb der Kindertagesstätten) und an Schließtagen in Kinderkrippen und Kindertagesstätten.

4.2 Flächendeckendes Angebot allgemeinbildender Schulen erhalten

Wichtig ist der Erhalt wohnortnaher Schulangebote in der Fläche durch Schaffung zukunftsfähiger und nachhaltiger Strukturen sowie Nutzung unterschiedlicher

Kooperationsformen. Gerade im ländlichen Raum Oberfrankens geht es neben Vielfalt und Qualität der Bildungsangebote insbesondere um flexible Öffnungszeiten bzw. ganztägige Betreuung und rhythmisierte Ganztagsangebote über alle Schulformen hinweg. Dabei erzeugt der demografische Wandel einen besonderen Anpassungsdruck, dem durch flexible Instrumente, wie z. B. Schulkooperationen oder jahrgangsgemischte Klassen, begegnet werden kann.

Schulen müssen bedarfsgerecht an ÖPNV und Schulbusverkehr angebunden werden.

4.3 Weiterentwicklung der Berufsschulstandorte

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Oberfranken müssen die Berufsschulstandorte und ihre Angebote weiterentwickelt bzw. angepasst werden. Ziel muss es sein, die hohe Qualität an Berufsschulen sicherzustellen bzw. weiter zu verbessern. Wichtig ist, dass gemeinsam vor Ort bei aufkommenden Herausforderungen immer gemeinsam von Berufsschulen und Betrieben nach Lösungen gesucht wird.

Angestrebt werden sollte auch eine Stärkung der Kooperation der Lernorte Berufsschule und Betrieb, um die berufliche Ausbildung zu optimieren (z. B. durch die Einrichtung Runder Tische, die Stärkung der Rolle der Berufsschulbeiräte oder die Schaffung eines integrierten Berufsschulplans).

4.4 Digitalisierung in allen Schulformen vorantreiben

Angesichts des raschen technologieinduzierten Wandels ist die technologieoffene und branchenspezifische Weiterentwicklung der Ausbildungsordnungen und Anpassung an die Anforderungen der digitalen Transformation erforderlich.

Dazu muss die Digitalisierung an allen Schulformen weiter vorangetrieben und das Netzwerk zwischen Schulen und Wirtschaft intensiviert werden. Um die Entwicklung digitaler Kompetenzen der Schüler zu stärken, muss die Qualifizierung der Lehrkräfte im Bereich der digitalen Bildung vom Studium über das Referendariat bis zur Fortbildung phasenübergreifend umgesetzt und Konzepte für einen erfolgreichen digitalen Unterricht verstärkt entwickelt werden. Ziel ist es, dass junge Menschen frühzeitig und kontinuierlich altersgerechte digitale Souveränität entwickeln, die es ihnen ermöglicht, in einer sich dynamisch entwickelnden Lebens- und Arbeitswelt bestehen zu können und erfolgreich zu sein.

4.5 Weiterbildungsangebote an Hochschulen ausbauen

Aus Sicht der oberfränkischen Wirtschaft ist es unerlässlich, dass die Hochschulen neuen Zielgruppen, wie zum Beispiel beruflich Qualifizierten, die Möglichkeit eröffnen, sich akademisch weiterzubilden. Der Anteil der Studierenden mit beruflicher Vorqualifikation, wie

Bildung

Meister oder Fachkräfte mit dreijähriger Berufserfahrung, ist deutlich auszubauen. Vermehrte Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sind hierbei anzustreben. Darüber hinaus gilt es, die Anstrengungen weiter zu verstärken und neue Aufgaben anzugehen:

- Ausbau der Weiterbildungsangebote im technisch-ingenieurwissenschaftlichen Bereich an den Universitäten und Hochschulen
- Weiterbildungsangebote auf Zertifikatsebene umsetzen
- Angebot an berufsbegleitenden Studiengängen ausbauen
- Duale Masterstudiengänge ausbauen

5 Gesundheit und Pflege

Qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung und Pflege sicherstellen

Unternehmerperspektiven 2025

	Bayern	Oberfranken
Zufriedenheit Güte der soziokulturellen Infrastruktur (z. B. Gesundheitsversorgung, Vereine, Kultureinrichtungen)	79,1 Prozent	77,2 Prozent

Gesundheit und Pflege – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Verbesserung der hausärztlichen und Fachärzteversorgung in den Versorgungsgebieten Kronach, Lichtenfels und Wunsiedel im Fichtelgebirge
2. Angebote zur stationären und ambulanten Pflege bedarfsgerecht ausbauen

5.1 Ärzteversorgung in der Fläche sicherstellen

Die flächendeckende medizinische Versorgung durch Ärzte ist ein wesentlicher Eckpfeiler der Gesundheitsinfrastruktur, gerade in einer ländlich geprägten Region wie Oberfranken.

Versorgungsgrad und Bedarfsplanung

Maßgeblich zur Beurteilung der Ärzteversorgung ist der Versorgungsgrad. Liegt dieser in einer Region bei 100 Prozent, entspricht die tatsächliche Anzahl der dort tätigen Ärzte bzw. Psychotherapeuten der laut Bedarfsplanung der KVB benötigten Anzahl.

Tabelle 4 zeigt für ausgewählte Ärzteguppen die Regionen, in denen der Versorgungsgrad unter 90 Prozent liegt. Das zunehmende Durchschnittsalter und der wachsende Anteil der Ärzte über 60 Jahren erhöhen den Handlungsdruck. Gleichzeitig wird das Patientenaufkommen durch den demografischen Wandel deutlich ansteigen.

Tabelle 4

Ausgewählte Kennzahlen zur Ärzteversorgung (Oberfranken)

	Durchschnitts- alter	Ärzte über 60	Gebiete mit niedrigem Versorgungsgrad*
Hausärzte	55,1 Jahre [55,0 Jahre]	38,1 Prozent [36,5 Prozent]	Burgebrach (86,54 Prozent) Hirschaid (89,96 Prozent) Kronach Süd (77,27 Prozent) Neustadt bei Coburg (77,35 Prozent) Speichersdorf (88,78 Prozent)
Kinder-, Jugendärzte	52,9 Jahre [52,5 Jahre]	33,7 Prozent [26,7 Prozent]	Kronach (62,46 Prozent)
HNO-Ärzte	53,9 Jahre [53,4 Jahre]	41,7 Prozent [33,6 Prozent]	Lichtenfels (86,22 Prozent) Wunsiedel im Fichtelgebirge (82,39 Prozent)
Hautärzte	53,0 Jahre [53,1 Jahre]	30,00 Prozent [31,6 Prozent]	Hof (76,68 Prozent) Kronach (53,24 Prozent)
Urologen	53,1 Jahre [52,9 Jahre]	34,9 Prozent [29,0 Prozent]	
Frauenärzte	53,8 Jahre [53,9 Jahre]	32,9 Prozent [31,6 Prozent]	
Chirurgen Ortho- päden	54,4 Jahre [53,8 Jahre]	33,5 Prozent [30,3 Prozent]	
Psychothera- peuten	51,4 Jahre [53,3 Jahre]	39,8 Prozent [35,7 Prozent]	
Augenärzte	52,5 Jahre [51,9 Jahre]	34,1 Prozent [28,6 Prozent]	Kronach (87,22 Prozent) Wunsiedel im Fichtelgebirge (76,84 Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung; KVB-Versorgungsatlanten (Stand: August 2025).

In eckigen Klammern jeweils die Durchschnittswerte für Bayern.

* Bei Fachärzten entspricht das Versorgungsgebiet den Landkreisen (inkl. zugehöriger Stadtkreise), bei Hausärzten um spezifische, kleinteiligere Versorgungsgebiete; Gebiete mit weniger als 90 Prozent).

Die hausärztliche Versorgung ist insbesondere in den Versorgungsgebieten Neustadt bei Coburg, Kronach Süd, Speichersdorf, Burgebrach, Hirschaid und Kronach Nord nicht bedarfsgerecht gegeben. Bei Kinder- und Jugendärzten besteht Handlungsbedarf im Landkreis Kronach, bei Augenärzten in den Landkreisen Wunsiedel im Fichtelgebirge und

Kronach sowie bei Hautärzten in den Landkreisen Hof und Lichtenfels. Schwierig ist insbesondere die kassenärztliche Versorgung im Bereich HNO in den Landkreisen Lichtenfels und Wunsiedel im Fichtelgebirge. Es ist Folgendes erforderlich:

- Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung von Arztpraxen entgegenwirken
- Förderung von Niederlassungen im ländlichen Raum
- Förderung von gemeinsamen Arztpraxen sowie kommunalen und privaten Ärztehäusern als Gemeinschaftseinrichtungen
- Aufrechterhaltung eines flächendeckenden Notarztwesens
- Ausbau der Studienplätze für Medizin insgesamt
- Entwicklung von Weiterbildungskonzepten für Allgemeinmediziner, um jungen Hausärzten nach der Familienpause den Wiedereinstieg und Weiterbildungen zu ermöglichen.

5.2 Apothekennetz erhalten

Insgesamt ist die flächendeckende Versorgung gegeben. Je 100.000 Einwohner gibt es knapp 23 Apotheken in Oberfranken. Das liegt deutlich oberhalb des bayernweiten Durchschnitts von knapp 20 Apotheken. Die aktuelle Verteilung der Standorte gewährleistet i. d. R. akzeptable Anfahrtswege. Es gilt, dieses Angebot weiter aufrecht zu erhalten.

Insgesamt ist die Zahl der Apotheken in Oberfranken, wie im gesamten Freistaat, rückläufig. So gab es Ende 2013 314 Apotheken, während zum 17. April 2025 nur noch 239 Apotheken bestanden. Gründe sind u. a. Probleme bei der Gewinnung von Berufsnachwuchs und Inhaber-Nachfolgern sowie der Rückgang der Zahl an niedergelassenen Ärzten. Es gilt, Engpässe zu vermeiden und die Versorgung auch in den ländlichen Regionen durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen:

- Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung von Apotheken im ländlichen Raum entgegenwirken
- Mobile Apotheken beziehungsweise Fahrdienste von Apotheken

5.3 Krankenhausversorgung nachhaltig entwickeln

Die regionale Verteilung und Ausrichtung der einzelnen Krankenhäuser nach Versorgungsstufen sichern eine qualitativ gute stationäre Versorgung. Die laufende Veränderung der Rahmenbedingungen wie z. B. der medizinisch-technische Fortschritt, Änderungen im Fachrichtungsspektrum, neue ambulant durchführbare Behandlungsmöglichkeiten sowie demografische Entwicklungen erfordern eine kontinuierliche Überprüfung und Anpassung der Krankenhauslandschaft in Oberbayern. Dies gilt auch für Vorsorge- und Rehabilitationsseinrichtungen, wo der Bedarf in jedem Fall steigen wird.

Aufgrund der demografischen Entwicklung ist in den nächsten Jahren mit einer Zunahme stationärer Behandlungsfälle zu rechnen. Dies erfordert die Weiterentwicklung der Krankenhausinfrastruktur, z. B. durch Anpassung von Bettenkapazitäten, Versorgungsstufen und ggf. der Zahl der Einrichtungen.

Die Etablierung der klinischen Ausbildung von Ärzten am Klinikum Bayreuth ist Bestandteil einer nachhaltigen Patientenversorgung und stärkt den Universitäts- und Gesundheitsstandort Bayreuth. Sie kann einen wichtigen Beitrag zur Gewinnung von Ärzten für die Arbeit in Oberfranken leisten und muss Schritt für Schritt weiterentwickelt werden.

5.4 Pflegelandschaft nachfragegerecht ausbauen

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentrales Anliegen der Arbeitsmarktpolitik. Der Altenquotient in Oberfranken steigt bis 2043 um 23,6 Prozent und somit deutlich an (Kapitel 1.2). Damit wird auch die Nachfrage nach Pflegeangeboten deutlich zunehmen. Um Berufstätige bei der Pflege von Angehörigen zu entlasten, müssen die Angebote zu Betreuung und Pflege ausgebaut werden. Mit der Verbesserung der Pflegeinfrastruktur sind folgende Maßnahmen verknüpft:

- Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs
- Erstellung von Konzepten zur wohnortnahen Unterbringung von Angehörigen in Betreuungseinrichtungen
- Vorhaltung von Angeboten für flächendeckende Kurzzeitpflege und Tagespflege in bevölkerungsschwachen Regionen, insbesondere an Tagesrandzeiten und Wochenenden,
- Begleitung privater Investitionen in den demografiegerechten Ausbau von Pflegeeinrichtungen durch die Kommunen
- Erleichterung für Arbeitnehmer im Umgang mit der Pflegebedürftigkeit von Familienangehörigen durch Kooperation von Pflegeeinrichtungen und Arbeitgebern
- Erstellung von Konzepten zur Förderung der Laienpflege

6 Digitale Netze

Glasfasernetze und 5G-Mobilfunkausbau flächendeckend ausrollen

Die vbw tritt gegenüber Bund und Freistaat für weiterhin ehrgeizige Ausbauziele bei den digitalen Netzen, effiziente Förderpolitik, schnelle und einfache Genehmigungsverfahren und Bauprozesse sowie Werbung für mehr Akzeptanz von Mobilfunkanlagen ein. Spätestens im Jahr 2030 muss Bayern flächendeckend mit Glasfaser und 5G Mobilfunk erschlossen sein. Die kommunale Ebene hat dabei sowohl beim Umgang mit Fördermöglichkeiten als auch bei Genehmigungsprozessen eine Schlüsselrolle.

Unternehmerperspektiven 2025

	Bayern	Oberfranken
Zufriedenheit Güte digitale Infrastruktur	55,9 Prozent	61,2 Prozent
Zufriedenheit Güte Mobilfunkinfrastruktur	53,5 Prozent	54,2 Prozent

Digitale Netze – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Notwendige Genehmigung für Glasfaserleitungen und Mobilfunkmasten rasch erteilen
2. Insbesondere auch auf Glasfaseranschlüsse für Unternehmen achten
3. Bürgerbedenken gegen den Ausbau vor allem der Mobilfunknetze und unter Einbindung der an den Netzen interessierten Bürgerschaft aufklärend entgegenreten

6.1 Glasfasernetze flächendeckend ausbauen

Die vbw ermittelt in der Studie *Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern* regelmäßig den Ausbaustand des digitalen Festnetzes. Darüber hinaus legen wir regelmäßig Auswertungen zum Ausbaustand der digitalen Infrastruktur in den Regierungsbezirken vor.

Der Anteil der Haushalte in Oberfranken, die bereits Zugang zu besonders zukunftsfähigen Glasfaseranschlüssen bis zum Endkunden (FTTB/H) haben, liegt mit 23,6 Prozent deutlich unter dem bayerischen Durchschnitt (36,6 Prozent). Das entspricht dem letzten Rang im Vergleich der Regierungsbezirke. Verglichen mit April 2024 konnte der Wert immerhin um 6,0 Prozentpunkte gesteigert werden. Im Landesdurchschnitt lag der Anstieg allerdings mit 9,6 Prozentpunkten ebenfalls höher.

Oberfranken weist bei der Glasfaserversorgung der Haushalte sowohl in städtischen Räumen mit 33,8 Prozent (Bayern: 48,7 Prozent) als auch in ländlichen Räumen mit 16,9 Prozent (Bayern: 26,1 Prozent) deutlich unterdurchschnittlichen Werte auf. Der Anteil der Kommunen, in denen weniger als 20 Prozent der Haushalte mit Glasfaser versorgt sind, ist in Oberfranken mit 71,5 Prozent (153 Kommunen) hoch. Der bayerische Durchschnitt liegt bei 58,4 Prozent. Ende 2024 waren erst 38,8 Prozent der Unternehmen in den oberfränkischen Gewerbegebieten mit Glasfaser (FTTB/H) versorgt (Abbildung 2; Landesdurchschnitt: 50,2 Prozent). Bei Betrachtung aller Unternehmen kann Oberfranken lediglich einen Anteil von 25,7 Prozent (Landesdurchschnitt: 38,0 Prozent) vorweisen.

Abbildung 2

Glasfaserversorgung der Unternehmen in Oberfranken Ende 2024

Unternehmen in Gewerbegebieten

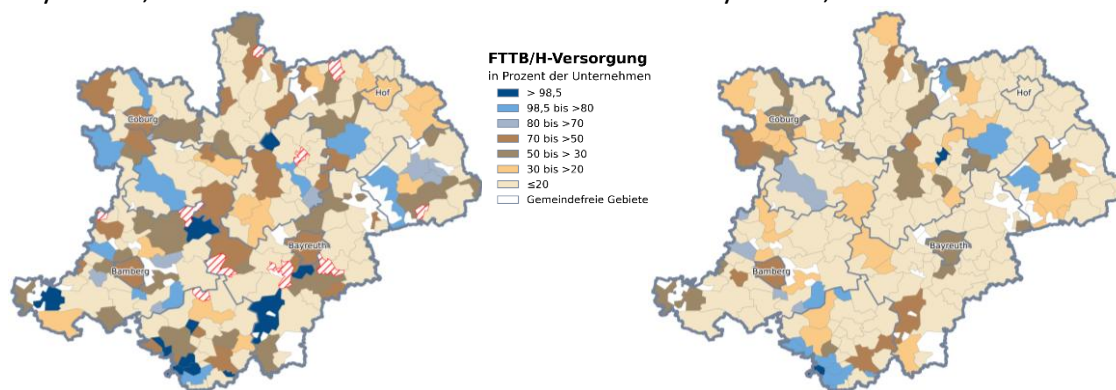
Oberfranken: 38,8 Prozent

Bayern: 50,2 Prozent

Alle Unternehmen

Oberfranken: 25,7 Prozent

Bayern: 38,0 Prozent



Quelle: BMDV / BNetzA (2025), Darstellung: IW Consult GmbH.

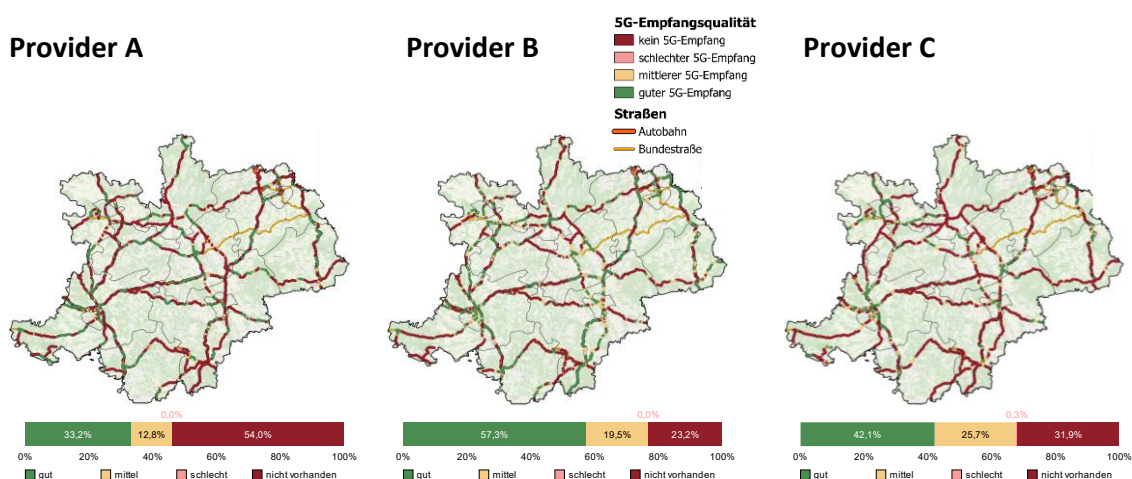
Gemäß der bis Mitte August 2025 veröffentlichten Daten zu den Förderverfahren der Kommunen im Zuge der Bayerischen Gigabitrichtlinie (BayGibitR) sollen aufgrund bereits laufender Projekte in Oberfranken rund 26.200 Adressen einen Gigabit-Anschluss erhalten. Gut 5.507 Kilometer Glasfaser sollen dafür insgesamt neu verbaut werden. Rund 374 Kilometer davon wurden gemäß den Fördersteckbriefen bis Ende des zweiten Quartals 2025 bereits verlegt. Der Großteil wird voraussichtlich ab 2026 installiert. Bis zu einer flächendeckenden Anbindung mit Glasfaser sind jedoch noch erhebliche Anstrengungen nötig.

6.2 5G-Mobilfunk flächendeckend bereitstellen

Die gemessene 5G-Mobilfunkverfügbarkeit auf Autobahnen und Bundesstraßen in Oberfranken variiert deutlich zwischen den Providern (Abbildung 3).³ Der Anteil der Messpunkte, an denen eine gute Empfangsqualität ermittelt werden konnte, liegt bei 33,2 (Provider A), 57,3 (Provider B) und 42,1 Prozent (Provider C). Die Provider schneiden damit in Oberfranken aber durchgängig stärker ab als landesweit, wo die Anteile 29,2 (Provider A), 37,4 (Provider B) und 20,7 Prozent (Provider C) betragen. Dementsprechend ist bei allen Providern der Anteil der Messpunkte ohne Empfang in Oberfranken niedriger als im Landesdurchschnitt. Bei Provider A war an 54,0 Prozent der Messpunkte kein Empfang feststellbar (Bayern: 64,5 Prozent). Für die Provider B und C liegen die Anteile bei 23,2 (Bayern: 49,7 Prozent) und 31,9 Prozent (Bayern: 66,8 Prozent).

Abbildung 3

Messung der Mobilfunkversorgung



Quelle: IW Consult GmbH, Angaben beziehen sich auf die Güte der Messpunkte.

Die Mobilfunkversorgung in Oberfranken wird sich weiter verbessern. Dazu trägt auch das Förderwesen bei: In acht oberfränkischen Kommunen haben die Betreiber von Mobilfunktürmen (Tower Companies) im Rahmen der Bundesförderung zur Schließung weißer Flecken bereits Zuwendungsbescheide erhalten.

Vielfach geht es bei Lückenschlüssen im Netz nicht um Förderung, sondern um die Genehmigung von Standorten für Masten durch Kommunen. Soweit solche Genehmigungen erforderlich sind, stehen Kommunen in der Verantwortung, sie auch schnell und verlässlich zu erteilen.

³ Die Erhebung fand zwischen dem 14. Oktober 2024 und dem 04. Dezember 2024 statt.

Ziel muss es sein, das 5G-Netz in Oberfranken möglichst schnell flächendeckend auszurollen, insbesondere auch an Verkehrswegen. Positiv ist insofern die geplante Änderung der Bayerischen Bauordnung zu werten, durch die der Bau von neuen Mobilfunkmasten einfacher werden soll.

7 Wohnraum

Angebot an Wohnraum spürbar verbessern

Unternehmerperspektiven 2025

	Bayern	Oberfranken
Zufriedenheit Güte des Wohnraumangebots	43,0 Prozent	56,4 Prozent

Wohnungsbau – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

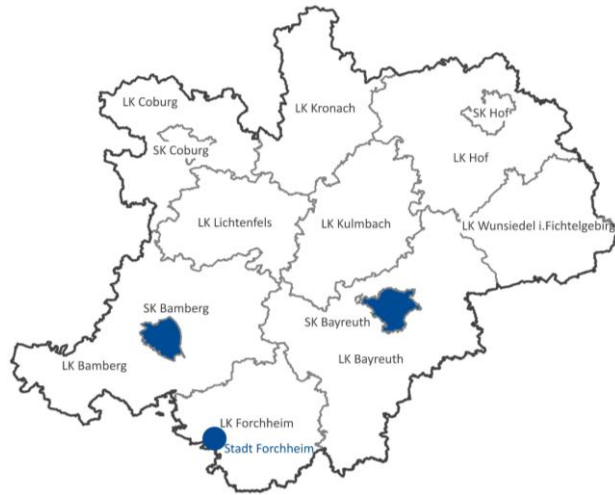
1. Alle Entscheider müssen ihre Anstrengungen zur Schaffung von Wohnraum in den oberfränkischen Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt verstärken.
2. Kommunen müssen die mit dem „Bauturbo“ eingeräumten erweiterten Handlungsspielräume nutzen, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen.
3. Das Angebot an Wohnheimplätzen an den oberfränkischen Hochschulstandorten muss verbessert werden.

Die Mangellage am Wohnungsmarkt bremst Arbeitgeber wie Mitarbeiter aus, insbesondere in Ballungsräumen. Erschwerend kommt hinzu, dass gerade in den attraktiven Räumen die Knappheit an Wohnraum durch vermehrtes Bevölkerungswachstum besonders zunimmt. Einen „angespannten Wohnungsmarkt“ nach § 201a Baugesetzbuch weisen in Oberfranken schon heute die in der Abbildung 4 dargestellten Städten auf. Darüber hinaus ist die Zahl an Wohnheimplätzen für Studierende und Berufsschüler insbesondere an den Hochschulstandorten Bayreuth, Bamberg, Coburg und Hof unzureichend.

Markteingriffe wie die noch einmal verlängerte Mietpreisbremse verschärfen die Lage am Wohnungsmarkt weiter. Markt und Menschen brauchen angebotsseitige Impulse und die Rücknahme preistreibender Auflagen. Der soziale Wohnungsbau bleibt wichtig, kann aber nur ein Teil der Antwort auf den Mangel an bezahlbarem Wohnraum sein. Viel wichtiger ist der schnelle Zugang zu Baurecht und Bauland sowie auch durch Digitalisierung vereinfachte Planungs- und Genehmigungsverfahren. Gleichzeitig müssen Nachhaltigkeitsauflagen technologieoffen ausgestaltet sein. Um Unternehmen den Bau von Wohnungen für Beschäftigte zu erleichtern, müssen Förderoptionen entsprechend ausgedehnt, Baugenehmigungen und Nutzungsänderungen auf Betriebsgrundstücken erleichtert werden.

Abbildung 4

Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt in Oberfranken



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr; SK = Stadtkreis (kreisfreie Stadt), LK = Landkreis.

Vor Ort müssen alle Anstrengungen unternommen werden, das Angebot an Wohnraum nicht nur in den oben genannten Städten und Kommunen zu verbessern. Das Anfang Oktober im Bundestag verabschiedete Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung („Bauturbo“) muss jetzt zügig in der Praxis genutzt werden. Der Bauturbo bietet den Kommunen die Möglichkeit, mit einfacher Zustimmung Baugenehmigungen zu erteilen und eine vereinfachte Vorprüfung ohne neue Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Gleichzeitig bieten sich den Kommunen erleichterte Möglichkeiten zur Befreiung von Bebauungsplänen und zur Entschärfung von Lärmschutzvorgaben. Städte und Kommunen sind aufgefordert, die erweiterten Spielräume zugunsten der Schaffung von Wohnraum zu nutzen.

8 Innovation

Wissen schaffen, Technologietransfer intensivieren

Die oberfränkische Wirtschaft benötigt qualifizierte Fachkräfte und einen direkten Zugang zu Forschungsergebnissen.

Unternehmerperspektiven 2025

	Bayern	Oberfranken
Zufriedenheit Bereitstellung von finanzielle Förderangeboten für Unternehmen	52,7 Prozent	42,9 Prozent
Zufriedenheit Existenz F+E- / Innovationsnetzwerke	71,5 Prozent	67,2 Prozent
Zufriedenheit Zugang zu Technologien	77,1 Prozent	75,3 Prozent
Zufriedenheit Technikfreundlichkeit / Positives Innovationsklima	76,4 Prozent	74,3 Prozent

Innovationsinfrastruktur – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Innovationsinfrastruktur und Technologietransfer fördern
2. Hochschulen bedarfsgerecht ausbauen

8.1 Innovationsinfrastruktur und Technologietransfer fördern

In den letzten Jahren sind in Oberfranken eine Reihe von Forschungseinrichtungen neu angesiedelt oder erweitert worden. Mit vielen der hier umgesetzten Projekte werden konkrete Forderungen der vbw erfüllt. Dies hat den Forschungs- und Innovationsstandort Oberfranken deutlich vorangebracht.

Die digitalen Gründerzentren in Bamberg, Coburg und Hof müssen plangemäß auf- und ausgebaut werden. Es ist zu begrüßen, dass das regionale Gründer- und Innovationszentrum (RIZ) in Bayreuth geschaffen wird. Jetzt gilt es, das RIZ zügig zu realisieren.

Nachholbedarf besteht in Oberfranken insbesondere bei der Ansiedelung von Technologietransferzentren im Umfeld der Hochschulstandorte. Sie können eine wichtige Rolle als Bindeglied zwischen Forschung und Wirtschaft einnehmen. Es ist erforderlich, dass der Transfer von Forschungswissen und Know-how aus den Universitäten, Hochschulen und

sonstigen Forschungseinrichtungen in die Unternehmen vor Ort intensiviert wird. Es ist zu begrüßen, dass mit dem TTZ Oberfranken *Digitale Intelligenz* die erste Einrichtung dieser Art im Regierungsbezirk geschaffen wurde.

Zu den wesentlichen Forderungen gehören weiterhin:

- Verstärkte Kooperation und Vernetzung aller Forschungseinrichtungen
- Bessere Kooperation und Verschmelzung zwischen Bildung (insbesondere Hochschulen), Weiterbildung, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Wirtschaftsförderern
- Gemeinsamer Internetauftritt der regionalen Hochschulen und eine gemeinsame Anlaufstelle für Unternehmen
- Unterstützung bei der Entwicklung einer Forschungslandkarte für Bayern
- Forcierung des Technologietransfers zwischen Wirtschaft und Wissenschaft
- Weitere Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit des Energie Campus Nürnberg (EnCN), verstärkte Zusammenarbeit mit Unternehmen
- Vermehrte technologieorientierte Unternehmensausgründungen aus den Hochschulen und Forschungseinrichtungen

8.2 Hochschulen bedarfsgerecht ausbauen

Viele Projekte sind in Oberfranken angegangen worden. Die vier Hochschulen nutzen die räumliche Nähe für Synergieeffekte. Im Rahmen der 2011 gegründeten TechnologieAllianzOberfranken (TAO) kooperieren alle vier oberfränkischen Hochschulen in Forschung und Lehre bei den Themenfeldern Energie, Mobilität, Werkstoffe und Informationstechnologie (IT) / Sensorik. Seit 2005 gibt es darüber hinaus eine Kooperation der Universität Erlangen-Nürnberg und der HAW Coburg in der Versicherungswissenschaft. Daneben hat sich die Wissenschaftsstiftung Oberfranken das Ziel gesetzt, die Gewinnung neuen Wissens und die Fähigkeit zur Innovation in Oberfranken nachhaltig zu fördern.

Folgende Projekte wurden bereits umgesetzt und müssen weiter zielgerichtet vorangetrieben und implementiert werden:

- Am Campus Kulmbach wurde die Fakultät VII für Lebenswissenschaften: Lebensmittel, Ernährung und Gesundheit der Universität Bayreuth gegründet und aufgebaut.
- Die Hochschule Hof hat gerade mit dem Campus Münchberg und den dortigen Bachelorstudiengängen Innovative Textilien und Textildesign besondere Bedeutung für den Strukturwandel Ost-Oberfrankens.
- Mit dem Lucas-Cranach-Campus Kronach wurde ein moderner Campus geschaffen, der mehreren Hochschulen offensteht. Die Masterstudiengänge ZukunftsDesign und Autonomes Fahren sind wichtige Bausteine des Transformationsprozesses in Oberfranken.

9 Moderne Verwaltung

E-Government-Leistungen ausbauen und in die Fläche tragen

Unternehmerperspektiven 2025

	Bayern	Oberfranken
Zufriedenheit Fortschritt der Verwaltung bei der Digitalisierung	29,4 Prozent	27,9 Prozent
Zufriedenheit Zulassungs- und Genehmigungsverfahren	33,8 Prozent	36,8 Prozent

Zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Verfügbare E-Government-Lösungen umgehend einsetzen und für Unternehmen wichtige Lösungen priorisieren
2. Eigenes Ortsrecht digital umsetzen
3. Register für automatisierten Zugang öffnen

9.1 Umstellung auf E-Government auch für schlankere Verfahren nutzen

Ein zentrales Anliegen an den modernen Staat ist der Abbau bürokratischer Hürden für unternehmerisches Handeln. Verwaltungsprozesse müssen vor allem für Unternehmen deutlich schneller und flexibler werden und die Serviceorientierung der Verwaltung ist auszubauen – auch im Hinblick auf die Nutzung vorhandener Spielräume. Einen wesentlichen Beitrag dazu kann und muss E-Government leisten.

Anforderungen von Unternehmen an die Entwicklung von E-Government

Grundlegendes

- Einfacher Zugang zu und schnelle Abwicklung von digitalen Verwaltungsleistungen
- Digitaler Austausch bidirektional, maschinell verarbeitbar
- Datensicherheit und digitale Authentifizierung

Komplexe Services: Prioritäten

- Digitales Postfach mit Nutzungsrechten; Rechtemanagement mit Einbeziehung von Dienstleistern
- Verknüpfung des Postfachs mit den internen IT-Systemen
- Effizienzpotenzial auch in und zwischen Unternehmen heben
- Once Only-Prinzip: öffentlich bereits vorhandene Daten automatisiert einbinden

Digital-Check für neues und aktuelles Recht

- Wo nötig Digitalisierbarkeit der Verfahren herstellen, etwa durch Wegfall von Schriftformerfordernissen oder von unlogischen Anforderungen

Lösungen für Unternehmen priorisieren

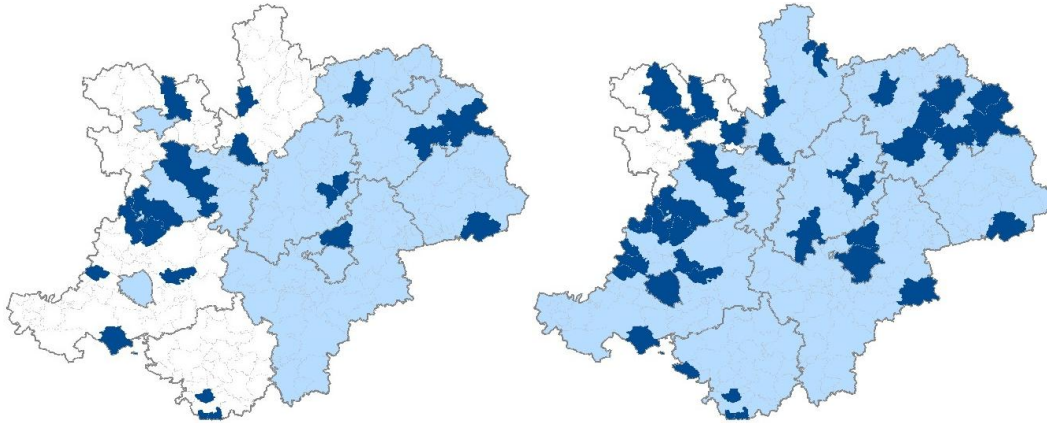
9.2 Regionale und kommunale Diskrepanzen bei digitalen Verwaltungsdienstleistungen abbauen

Die vorbereitenden Leistungen für deutschlandweit kompatible E-Government-Angebote verantworten Bund und Länder. Es geht vor allem um gemeinsame Standards und Schnittstellen, einheitliche oder zumindest kompatible Programme und Plattformen, darunter auch das oben genannte Bürger- bzw. Unternehmens-Postfach, und um digitale Authentifizierungstools.

Die Verwaltungen auf kommunaler Ebene sind vor allem als Anwender und Anbieter digitaler Verwaltungsdienstleistungen gefragt. Abbildung 5 zeigt, welche Kommunen im Jahr 2023 (linke Seite) respektive 2025 (rechte Seite) mit dem Prädikat „Digitales Amt“ ausgezeichnet wurden.

Abbildung 5

Digitale Ämter in Oberfranken 2023 / 2025



Quelle: Eigene Darstellung; nach Angaben des Staatsministeriums für Digitales;
Digitale Ämter: hellblau = Stadt- und Landkreise, dunkelblau = Gemeinden.

Die Auszeichnung setzt voraus, dass die betreffende Verwaltung mindestens 50 zentrale bzw. kommunale Online-Verfahren über das Bayern-Portal verlinkt hat. Hier bewegt sich schon viel, allerdings zeigen sich auch große Unterschiede, die deutlich machen: Es ginge bereits mehr, man muss es allerdings auch umsetzen. In Oberfranken besteht noch in vielen Kommunen Nachholbedarf. Erst knapp 18 Prozent besitzen dieses Siegel, während fast alle Landkreise bereits als Digitales Amt eingestuft sind. Dieser Weg muss weiter gegangen werden, damit bis Ende 2027 jede Leistung überall auch digital angeboten wird.

Einen tieferen Einblick bietet das OZG-Dashboard, das für jede Gebietskörperschaft (Land, Regierungsbezirk, Landkreis, Kommune bzw. Verwaltungsgemeinschaft) anzeigt, für wie viele Verwaltungsleistungen flächendeckend Onlinedienste verfügbar sind. Dabei werden nur Verwaltungsleistungen gezählt, die teilweise oder vollständig digital verfügbar sind. So sind Stand 01. September 2025 bei der Regierung von Oberfranken 177 Verwaltungsleistungen zumindest teilweise digital verfügbar, bei den Landkreisen sind es 629, bei den kreisfreien Städten 1.048 und bei den Gemeinden bzw. Verwaltungsgemeinschaften 107. Auch hier bestätigt sich der erhebliche Nachholbedarf bei den Kommunen.

9.3 Erwartungen der Wirtschaft an die regionale und kommunale Ebene

Vor diesem Hintergrund ergeben sich aus Sicht der Wirtschaft für die regionale und kommunale Entwicklung von E-Government klare Prioritäten:

1. Vorhandene Lösungen für E-Government müssen flächendeckend eingesetzt werden. Neue Lösungen sind nach Verfügbarkeit umgehend einzuführen. Beispiele sind
 - als verfügbare Lösungen: die Bauplanung und -genehmigung, das Angebot, Rechnungen an die Verwaltung als E-Rechnungen auszustellen oder der eingeführte elektronische Gewerbesteuerbescheid,
 - als hoffentlich bald verfügbare Lösungen: ein elektronischer Grundsteuerbescheid, Eintragungen, Änderungen und Löschung im Grundbuch oder die weitestgehend automatisierte Genehmigung vorübergehender Baustelleneinrichtungen im öffentlichen Raum.
2. In allen kommunalen Gebietskörperschaften muss auch das eigene Ortsrecht (z. B. kommunale Satzungen) auf Digitalisierbarkeit überprüft, ggf. daraufhin angepasst und dann ebenfalls in elektronische Lösungen umgesetzt werden.
3. Auch kommunale Register müssen für den automatisierten digitalen Zugriff geöffnet werden, sobald dafür im Zuge der Umsetzung des Registermodernisierungsgesetzes die notwendigen Formate und Schnittstellen verfügbar gemacht wurden.
4. Vorrangig sind Verfahren anzugehen, deren Digitalisierung den Unternehmen Hindernisse aus dem Weg räumt

Anhang

Weiterführende Informationen zu den einzelnen Infrastrukturfeldern

Energie

- Studie *Internationaler Energiepreisvergleich für die Industrie*, November 2025
- Studie *Entwicklung der Netzentgelte in Bayern*, November 2025
- Studie *CO₂-Verminderungskosten für die bayerische Industrie im Trendszenario*, Oktober 2025
- Studie *Wasserstoffkosten für die Industrie*, September 2025
- vbw Position *Wasserkraft in und für Bayern*, Juni 2025
- vbw Position *Versorgungssicherheit für Bayern*, März 2025
- vbw Position *Energiepolitik*, Februar 2025
- Studie *13. Monitoring der Energiewende*, Februar 2025
- vbw Position *Aufbau der Wasserstoffwirtschaft*, Januar 2025
- vbw Position *Digitalisierung der Energiewirtschaft*, Januar 2025

Klima

- vbw Position *Klimapolitik*, Januar 2025
- Studie *Klimapolitik nach Baku*, Dezember 2024
- Studie *Analyse CO₂-Infrastrukturbedarf Bayern*, November 2024
- Studie *Bayernplan Energie 2040 – vier Szenarien zur Klimaneutralität 2040*, April 2023 (Kooperation mit VBEW)

Mobilität

- vbw Position *Moderne Verkehrsinfrastruktur*, Oktober 2025
- vbw Position *Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen*, Januar 2025
- vbw Position *Mobilitätssystem für morgen*, November 2024
- Gemeinsame Erklärung vbw, Industriellenvereinigung Tirol, Unternehmerverband Südtirol *Freien klimagerechten Warenverkehr über den Brenner gewährleisten*, Juli 2024

Bildung und Innovation

- vbw Position *Lehren aus der PISA-Misere*, März 2025
- vbw Position *Das bayerische Hochschulsystem – Fit für die Zukunft*, März 2025
- vbw Position *Berufliche Bildung stärken*, Januar 2025
- vbw Position *Betriebliche Weiterbildung*, Januar 2025
- vbw Studie *Technologieprofile Bayern: die Position des Freistaats und seiner Regierungsbezirke in Zukunftstechnologien*, Januar 2024
- vbw Studie *Digitale Wettbewerbsfähigkeit aus globaler Sicht*, April 2024
- vbw Studie *Kompetenzen in den wichtigsten Prozesstechnologien*, Mai 2025
- Position *Technologische Innovationen fördern*, Juli 2025
- vbw Studie *Digital Index Bayern*, Dezember 2025

[Anhang](#)[Digitale Netze und E-Government](#)

- vbw Studie *Die digitale Infrastruktur in Bayerns Regionen*, Oktober 2025
- vbw Position *Digitale Netze*, März 2025
- vbw Studie *Breitbandbedarf der bayerischen Unternehmen*, März 2025
- vbw Studie *Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern*, März 2025
- vbw Studie *Förderung von Gigabitnetzen*, Juni 2022
- vbw Position *Der digitale Freistaat*, November 2022

[Gesundheit und Pflege](#)

- vbw Position *Leitlinie für ein Gesundheitssystem der Zukunft*, Mai 2023
- vbw Studie *Gesundheit und Medizin – Herausforderungen und Chancen*, Juli 2018

Ansprechpartner/Impressum

Patrick Püttner

Geschäftsführer

Bezirksgruppe Oberfranken

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Telefon 09561 55 62-0

patrick.puettner@vbw-bayern.de

Volker M. Schilling

Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-268

volker.schilling@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Januar 2026